

sind solche offiziellen Resolutionen in der Regel sehr allgemein gehalten.

Dieses Problem der mangelnden Konkretion soll an einem hier relevanten Beispiel vertieft und illustriert werden: Um die Industrialisierung Afrikas zu fördern, worin die Staatschefs der OAU mehrheitlich, im Unterschied zur Weltbank, die Lösung der Wirtschaftsprobleme Afrikas »und eine Bedingung für die Erhaltung des Weltfriedens« (Ziff.55 des Lagos-Plans) sehen, erklärten die Staatschefs das Jahrzehnt 1980—1990 zur »Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas« — welche Proklamation von der UN-Generalversammlung in ihrer Resolution 35/66 B vom 5. Dezember 1980 (Text: VN 3/1981 S.104) übernommen wurde. In diesem Zeitraum soll der Anteil Afrikas an der Weltindustrieproduktion — in Übereinstimmung mit den Zielen der zweiten UNIDO-Generalkonferenz in Lima — von gegenwärtig unter 1 vH auf 1,4 vH gesteigert werden, um im Jahr 2000 als langfristiges Ziel die Traummarke von 2 vH erreichen zu können. Obwohl dieser Ansatz im Prinzip diskutabel ist (weil Afrikas Rohstoff-Ökonomien diversifiziert werden müssen) und das Anliegen, »Afrikas gegenwärtige Über-Abhängigkeit von der Technologie der entwickelten Staaten zu reduzieren« (Ziff.65 des Lagos-Plans), ebenso verständlich wie wünschenswert ist, so muß man doch bemängeln, daß es bei einer solchen pauschalen Absichtserklärung bleibt. Wen soll ein 150-seitiger »Aktionsplan« beeinflussen oder auch nur beeindrucken, der nicht einmal anzeigt, in welchen Ländern oder regionalen Wirtschaftszonen industrielle Gravitationszentren entstehen sollen, in welchen Sektoren Industrien mit staatlicher Hilfe gefördert werden sollen und welche Nachfrage oder Bedürfnisse damit befriedigt werden könnten (von konkreten Angaben über Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital ganz zu schweigen)? Der gleiche Vorwurf erstreckt sich auf alle angekündigten Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft oder der Technologieförderung: Roß und Reiter werden nirgends genannt.

Ein allgemeines Defizit anderer Art, das sich aus dem Dilemma der großen Zahl und der politischen Heterogenität der afrikanischen Staaten ergibt, besteht darin, daß bei der Wahl und Auswahl der Mittel Unklarheit besteht. Angesichts knapper Ressourcen müßten Zielkonflikte über den prioritären Einsatz solcher Mittel artikuliert werden, um dann in einem zweiten Schritt entwicklungspolitische Entscheidungen bezüglich der Auswahl treffen und begründen zu können. An zwei zentralen Aussagen des Lagos-Plans soll dies illustriert werden.

In Wiederholung der Zielsetzung des AFPLAN, des »Regionalen Ernährungsplans für Afrika«, der 1978 in Aruscha von den Landwirtschaftsministern angenommen worden war, sollen zwischen 1980 und 1985 mindestens 21,4 Mrd US-Dollar zu Preisen von 1979 investiert werden (Ziff.42); aber nirgends findet sich ein Hinweis darauf, wie diese Investitionsmittel aufgebracht und verteilt werden sollen, etwa um dem dramatischen Rückgang der Agrarproduktion in Ländern wie Tansania und Ghana entgegenzuwirken. Bei dem politisch sensiblen Komplex der angemessenen Preise für die landwirtschaftlichen Produkte von Klein- und Mittelbauern vermeidet der Lagos-Plan eine klare Stellungnahme, obwohl es sich hier um einen klassischen Zielkonflikt zwischen hohen agrarischen Einkommen und möglichst niedrigen Ausgaben für Grundnahrungsmittel in den Städten handelt, der nur durch eine politische Entscheidung gelöst werden könnte. Zum Thema Einkommens- und Preispolitik in der Landwirtschaft empfiehlt der Lagos-Plan allen Mitgliedern eine »kohärente Politik, die sicherstellt, daß Preise von Farm-Inputs und von Farmprodukten einen lohnenden Anreiz zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, besonders bei Kleinbauern, bewirken, während gleichzeitig die Interessen der armen Konsumenten gesichert sein müssen« (Ziff.33). Während der Berg-Report eindeutig der bäuerlichen Produktion oberste Priorität beimißt — eines der Hauptkritikpunkte der afrikanischen Politiker an der Weltbank —, behilft sich das OAU- und ECA-Dokument mit einem nichtssagenden Sowohl-auch.

Schließlich ist noch auf die dritte Besonderheit des Lagos-Plans hinzuweisen: die klare Nennung politischer Adressaten für in-

Wende auch in der Nord-Süd-Politik?

Was immer der Grund war für den Koalitionswechsel in Bonn zu Beginn dieses Monats — die Nord-Süd-Politik der Bundesrepublik Deutschland spielte dabei die geringste Rolle.

Dies könnte man vorschnell als gutes Zeichen für Kontinuität oder gar grundlegenden Konsens der Bundestagsparteien in Sachen Nord-Süd und Entwicklungspolitik werten. Tatsächlich aber signalisiert die Abwesenheit des Nord-Süd-Problems bei diesem anspruchsvoll »Wende« genannten Wechsel eher eine Übereinstimmung des mangelnden Interesses. Die Bewältigung, zumindest Entschärfung des ökonomischen und sozialen Nord-Süd-Gefälles, diese immer wieder beschworene »entscheidende Aufgabe am Ende des Jahrhunderts«, rangiert unter »ferner liefern«, wenn es um innenpolitische Machtverteilung geht — wie es sich dann ja auch bei der Besetzung des Amtes des Entwicklungsministers zeigte.

Offen ist auch nach der Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers noch, ob eine durch »ausgewogene«, also nichtssagende Formeln abgedeckte und widerwillig ertragene Defensivpolitik durch eine offensive Gesamtstrategie ersetzt wird, die nicht nur auf Vorstöße der Dritten Welt reagiert und sich hinter den NATO-Verbündeten oder der EG versteckt, sondern glaubhaft macht, daß konsensfähige Vorstellungen für die Rahmenbedingungen einer sozial verfaßten und an menschenrechtlichen Zielsetzungen orientierten Weltmarktwirtschaft vorhanden sind — und auch der Mut, sie zu verwirklichen.

Profilierter Initiativen der Bundesregierung in den vielfältig aufgefächerten internationalen Dauerverhandlungen erfordern ebenfalls Mut — den Mut zu einer Orientierung an unseren langfristigen Interessen, was nicht ohne Konflikt mit denen abgeht, die nur aktuelle, wenn auch sicherlich nicht zu unterschätzende Nöte im Auge haben. Eine überindustrialisierte, daher extrem exportabhängige, zugleich auch rohstoffabhängige Gesellschaft wie die unsere, der es trotz ihrer Schwierigkeiten am Weltdurchschnitt gemessen noch sehr gut geht, steht immer wieder vor der Entscheidung, entweder die derzeitigen Vorteile ihres technologischen und ökonomischen Vorsprungs auf Biegen oder Brechen zu verteidigen oder die Glaubwürdigkeit einer Politik zu begründen, die auf erträgliche Rahmenbedingungen für alle gerichtet ist — auch unter Verzicht auf kurzfristige Vorteile.

Eine konservativ eingefärbte Regierung kann es sich eher leisten, im EG-Verbund und auch gegenüber der Regierung Reagan die auf Reform und sozialen Ausgleich gerichteten Kräfte in der Dritten Welt zu stärken und nach längerfristig tragfähigen Ergebnissen des Nord-Süd-Dialogs — durch eine aufgeschlossene Haltung in Fragen des Gemeinsamen Fonds und des Seerechts, durch eine aktive Mitwirkung in globalen Verhandlungen — zu suchen. Ähnliches gilt auch für neue, mutigere Vorstöße in Sachen Namibia und Südafrika, gilt auch für ein Mehr an Unbefangenheit gegenüber den Blockfreien und denen, die um ihre Freiheit kämpfen. Hier hätte eine konservative Koalition innenpolitische Vorteile. Die neue Opposition könnte Initiativen, die über die ruhige Gangart in den letzten Jahren der Regierung Schmidt hinausgehen, schlecht widersprechen.

Der alte und neue Bundesaußenminister, der der Westpolitik Adenauers und der Ostpolitik Brandts die neue Dimension der Nord-Süd-Politik hinzugefügt hat, wird daran gemessen werden, ob er seinen neuen Partnern die Versuchung zu ethno- oder eurozentrischen Situationsbewertungen verleiden, ob er ihnen verdeutlichen kann, daß die Zusammenarbeit mit Staaten wie Mosambik nicht »Belohnung marxistischer Regime« ist, sondern verbender Einsatz der uns verfügbaren politischen Mittel zu unserem und aller Nutzen.

Die Nord-Süd-Politik ist eine große Lernveranstaltung für Regierungen und Völker, die zu einem globalen Interessenausgleich führen sollte. Für die ungeliebten Folgen der dabei auszuhandelnden Kompromisse Zustimmung in der Bevölkerung zu finden, wird auch eine Aufgabe der neuen Regierung sein. Utopisches Ansinnen an eine Koalition, die ja dem Bürger und Investor gerade mehr Sicherheit, auch emotionale Sicherheit, durch Betonung und Festigung gewohnter, überkommener, vertrauter Ordnungen und Denkmuster anbieten will? Vielleicht, aber jeder Neubeginn hat Anspruch auf eine faire Chance auch unserer Erwartungen.

Winfried Böll □